

FERDINAND WOLLENSCHLÄGER
DAGMAR COESTER-WALTJEN

Ehe für Alle

Mohr Siebeck

Ferdinand Wollenschläger/Dagmar Coester-Waltjen

Ehe für Alle



Ferdinand Wollenschläger
Dagmar Coester-Waltjen

Ehe für Alle

Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare
aus verfassungsrechtlicher
und rechtsvergleichender Perspektive

Mohr Siebeck

Ferdinand Wollenschläger, ist Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht an der Universität Augsburg.

Dagmar Coester-Waltjen, ist emeritierte Professorin der Georg-August-Universität, Göttingen.

ISBN 978-3-16-156358-4 / eISBN 978-3-16-156359-1

DOI 10.1628/978-3-16-156359-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

In Deutschland haben Gesellschaft, Politik und Wissenschaft die Frage einer Öffnung der Ehe für Paare gleichen Geschlechts kontrovers unter dem Schlagwort „Ehe für alle“ diskutiert. Mit der Verabschiedung des am 1.10.2017 in Kraft getretenen Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts im Sommer 2017 hat der deutsche Gesetzgeber nunmehr eine Entscheidung getroffen.

Die vorliegende Schrift möchte einen sachlichen Beitrag zu dieser Debatte leisten und entfaltet die Thematik sowohl aus einer verfassungsrechtlichen als auch aus einer rechtsvergleichenden Perspektive.

Das erste, von Ferdinand Wollenschläger verantwortete Kapitel analysiert die für die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zentrale und im rechtswissenschaftlichen Schrifttum unterschiedlich beantwortete Frage, ob das Grundgesetz dem zur Ausgestaltung der Ehe berufenen parlamentarischen Gesetzgeber Strukturmerkmale eines Eheverständnisses verbindlich vorgibt, zu denen (noch) die Verschiedengeschlechtlichkeit der Ehepartner rechnet. Zugleich steht eine grundlegende Frage des Verfassungsverständnisses im Raum, nämlich nach Stabilität und Dynamik der Verfassung.

Das zweite, von Dagmar Coester-Waltjen verantwortete Kapitel erörtert die Zulässigkeit gleichgeschlechtlicher Ehen im internationalen Vergleich auf repräsentativer Grundlage. Der Schwerpunkt liegt auf den Rechtsordnungen anderer europäischer Staaten unter Berücksichtigung der Frage, ob und inwieweit die Verfassung oder andere rechtliche Grundsätze das Institut der Ehe besonders schützen.

Die vorliegende Schrift beruht auf zwei Rechtsgutachten, die die Bayerische Staatsregierung im Anschluss an die Verkündung des Gesetzes in Auftrag gegeben hat und die die Verfasser im Januar 2018 erstattet haben. Abgesehen von redaktionellen Anpassungen und Aktualisierungen entspricht der Text den Gutachten.

Die Verfasser danken dem Verlag Mohr Siebeck für die Aufnahme in sein Verlagsprogramm und namentlich Frau Daniela Taudt für die verlagsseitige Betreuung des Werkes. Herrn Wiss. Mit. Johannes Stapf sowie den studentischen Hilfskräften Niklas Gronemann, Laura Klose, Stefanie Miller, Tamara Morhart, Christian Ritter, Nathalie Spitzer und Matthias Stockinger vom Lehrstuhl

Ferdinand Wollenschläger gebührt der Dank beider Autoren für die redaktionelle Bearbeitung des Textes.

München, im April 2018

*Dagmar Coester-Waltjen,
Ferdinand Wollenschläger*

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX

1. Kapitel: Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus verfassungsrechtlicher Perspektive

I. Einführung, Meinungsbild und Gang der Untersuchung	1
II. Hintergrund: Das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts	6
III. Ausgangslage: Ausgestaltungsbedürftigkeit des Instituts der Zivilehe und ihre verfassungsrechtlichen Grenzen	15
IV. Ambivalenz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .	21
V. Verschiedengeschlechtlichkeit als verfassungskräftig vorgegebenes Strukturelement des Instituts der Ehe?	49
VI. Konsequenzen	110
VII. Fortdauerende Bedeutung der Ehe als Rechtsinstitut	121
VIII. Mögliche Verfassungsrechtsbehelfe	124
IX. Zusammenfassung in Thesen	127

2. Kapitel: Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus rechtsvergleichender Perspektive

I. Einführung	133
II. Die europäischen Staaten	137
III. Die amerikanischen Rechtsordnungen	218
IV. Ausgewählte Rechtsordnungen der übrigen Welt	234
V. Resümee	239

Literaturverzeichnis	253
--------------------------------	-----

Sachregister	269
------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII

1. Kapitel: Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus verfassungsrechtlicher Perspektive

I.	Einführung, Meinungsbild und Gang der Untersuchung	1
	1. Einführung	1
	2. Skizze des Meinungsbilds	2
	3. Gang der Untersuchung	4
	4. Exkurs: Korrekturbedarf auf einfach-gesetzlicher Ebene und IPR-Problematik	5
II.	Hintergrund: Das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts	6
	1. Rechtslage vor Inkrafttreten	6
	2. Gesetzgebungsverfahren und Inhalt des Gesetzes	9
	3. Begründung des Gesetzes und parlamentarisches Meinungsbild	10
III.	Ausgangslage: Ausgestaltungsbedürftigkeit des Instituts der Zivilehe und ihre verfassungsrechtlichen Grenzen	15
	1. Allgemeines	15
	2. Art. 6 Abs. 1 GG als Institutsgarantie	17
IV.	Ambivalenz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	21
	1. Bekräftigung der Verschiedengeschlechtlichkeit als Kernelement des verfassungsrechtlichen Ehebegriffs i.S.d. Art. 6 Abs. 1 GG	22
	2. Gebot des Schutzes der Ehe als Institut (Institutsgarantie)	24
	3. Kein Verbot der gesetzgeberischen Annäherung von Ehe und Eingetragener Lebenspartnerschaft	27
	a) Keine Betroffenheit der Institutsgarantie bei Schaffung eines Aliud	27
	b) Keine Betroffenheit der Abwehrdimension	30
	c) Keine Betroffenheit des Schutz- und Fördergebots	31
	d) Verneinung eines Abstandsgebots	31

4.	Pflicht zur (weitgehenden) Gleichbehandlung von Ehe und Eingetragener Lebenspartnerschaft	34
a)	Geltung eines strengen Rechtfertigungsstandards wegen der Differenzierung nach der sexuellen Orientierung	34
b)	Erfordernis und Verneinung besonderer Sachgründe für die Privilegierung der Ehe	37
5.	Bestandsschutz von Ehen Transsexueller bei nachträglicher Geschlechtsumwandlung	41
6.	Zwischenfazit	44
a)	Befund: ambivalente Rechtsprechung	44
b)	Bewertung: zwei Deutungsmöglichkeiten	46
V.	Verschiedengeschlechtlichkeit als verfassungskräftig vorgegebenes Strukturelement des Instituts der Ehe?	49
1.	Vorbemerkung: Methodische Ansätze zur Bestimmung der Strukturmerkmale der Ehe	50
a)	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	50
b)	Vielfalt der methodischen Ansätze in der Literatur	54
c)	Methodischer Ansatz der Untersuchung	55
2.	Entstehungsgeschichte: Ehe als Verbindung von Mann und Frau	56
3.	Institutsschutz und Möglichkeit eines gewandelten Verfassungsverständnisses	58
4.	Wandel in der gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften	63
a)	Zunehmende gesellschaftliche und gesetzgeberische Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften	64
b)	Begrenzte verfassungsrechtliche Relevanz des Wandels in der gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften	64
5.	Wortlaut: Eheverständnis	68
6.	Das Anliegen des besonderen Eheschutzes und Differenzierungsmöglichkeiten	69
a)	Ehe als dauerhafte, umfassende und rechtlich verbindliche Verantwortungsgemeinschaft	70
b)	Familienbezug der Ehe: rechtlich stabile Gemeinschaft zur Familiengründung	72
aa)	Familienbezug der Ehe in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	72
bb)	Zusammenhang von Schutz der Ehe und der Familie	74
cc)	Empirischer Zusammenhang von Ehe und Familie	78
dd)	Verschiedengeschlechtlichkeit und Familienbezug	81

(1) Rechtliche Absicherung der Familiengründung . . .	81
(2) Kindeswohl	81
(3) Angelegtsein auf Familiengründung	83
(a) Empirischer Befund und seine Bewertung	84
(b) Anerkennung gleichgeschlechtlicher Elternschaft und Familien	91
(c) Folgerungen	95
7. Verfassungssystematik: Gleichbehandlungspflichten, Persönlichkeitsrecht und Institutsschutz	96
8. Partielle Öffnung des Eheverständnisses in der gemeineuropäischen Grundrechtsentwicklung und im internationalen Vergleich	100
a) Eheverständnis der EMRK	101
b) Eheverständnis der GRC	103
c) Rechtsvergleichende Aspekte	104
9. Relevanz eines Verfassungswandels	106
a) Grundsätzliches	106
b) Bislang: kein Wandel eines Strukturprinzips	108
VI. Konsequenzen	110
1. Ausgangsbefund: Zusammenschau der Interpretationsansätze	110
2. Verschiedengeschlechtlichkeit als Strukturmerkmal des Ehebegriffs?	113
3. Auseinanderfallen von verfassungsrechtlichem und einfach-gesetzlichem Ehebegriff	115
4. Verfassungsrechtliche Pflicht zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts	119
VII. Fortdauerende Bedeutung der Ehe als Rechtsinstitut	121
VIII. Mögliche Verfassungsrechtsbehelfe	124
1. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, § 13 Nr. 6, §§ 76 ff. BVerfGG	124
2. Weitere Rechtsbehelfe	126
IX. Zusammenfassung in Thesen	127
Hintergrund	127
Ambivalenz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .	128
Befugnis zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare . .	129
Schlussfolgerungen	130

2. Kapitel: Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus rechtsvergleichender Perspektive

I.	Einführung	133
	1. Die Thematik	133
	2. Geografischer Überblick	134
	3. Internationale Konventionen	134
	4. Verfassungsrechtliche Ausgangslagen	136
II.	Die europäischen Staaten	137
	1. Die Benelux-Staaten	137
	a) Die Niederlande	138
	aa) Allgemeines	138
	bb) Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle	139
	cc) Das Gesetz zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe	141
	(1) Das neue Gesetz	141
	(2) Rechtslage, Rechtsakte und Diskussionen im Vorfeld	142
	b) Belgien	145
	aa) Allgemeines	145
	bb) Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle	146
	cc) Das Gesetz zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe	148
	(1) Das neue Gesetz	148
	(2) Rechtslage, Rechtsakte und Diskussionen im Vorfeld	148
	dd) Die verfassungsgerichtliche Entscheidung	150
	2. Die romanischen Rechtsordnungen	151
	a) Spanien	152
	aa) Allgemeines	152
	bb) Verfassung und verfassungsrechtliche Kontrolle	152
	cc) Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe	155
	(1) Das neue Gesetz	155
	(2) Rechtslage und Diskussion im Vorfeld	156
	dd) Die verfassungsgerichtliche Entscheidung	157
	(1) Der recurso de inconstitucionalidad	157
	(2) Die Entscheidung und ihre Begründung	158
	(3) Die weitere Entwicklung	161
	b) Portugal	162
	aa) Allgemeines	162
	bb) Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle	163
	cc) Die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe	165

(1) Das neue Gesetz	165
(2) Rechtslage, Rechtsakte und Diskussionen im Vorfeld der Gesetzgebung	166
dd) Verfassungsgerichtliche Entscheidung und weitere Entwicklung	167
c) Frankreich	170
aa) Allgemeines	170
bb) Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle	170
cc) Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe	174
(1) Das neue Gesetz	174
(2) Rechtslage und Diskussionen im Vorfeld	174
dd) Die verfassungsgerichtlichen Entscheidungen	175
(1) Die Verfassungsmäßigkeit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare	175
(2) Die Gewissensentscheidung der Trauperson	178
ee) Die weitere Entwicklung	179
d) Italien	179
aa) Allgemeines	179
bb) Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle	180
cc) Gesetzliche Regelungen zu gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen und verfassungsrechtliche Diskussion	180
3. Die nordischen Rechtsordnungen	182
4. Die europäischen Common-law-Staaten	186
a) England	187
aa) Allgemeines	187
bb) Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle	188
cc) Das Gesetz zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe	190
(1) Das neue Gesetz	190
(2) Rechtslage, Rechtsakte und Diskussionen im Vorfeld	190
b) Irland	193
aa) Allgemeines	193
bb) Verfassung und verfassungsrechtliche Kontrolle	194
cc) Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe	197
(1) Das neue einfache Gesetz	197
(2) Rechtslage, Rechtsakte und Diskussionen auf einfachgesetzlicher Ebene im Vorfeld	198
dd) Die verfassungsrechtliche Diskussion	199
(1) Die ursprüngliche Auslegung	199
(2) Die Frage einer dynamischen Auslegung	199
(3) Verfassungsreform	203
ee) Die „Constitutional Convention“ und das Referendum	204

5. Die Rechte der osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten	205
6. Rechtsordnungen im Umbruch?	210
a) Griechenland	211
b) Schweiz	212
c) Österreich	214
III. Die amerikanischen Rechtsordnungen	218
1. Kanada	220
a) Allgemeines	220
b) Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle	220
c) Die Einführung eines Gesetzes zur gleichgeschlechtlichen Ehe	222
aa) Das neue Gesetz	222
bb) Rechtslage und Diskussionen im Vorfeld des Gesetzes	222
d) Nachspiel	228
2. Die USA	228
a) Allgemeines	228
b) Verfassung und verfassungsrechtliche Kontrolle	229
c) Die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe	230
IV. Ausgewählte Rechtsordnungen der übrigen Welt	234
1. Republik Südafrika	234
2. Neuseeland	236
3. Australien	237
4. Taiwan	238
V. Resümee	239
1. Geographische Verbreitung	239
2. Gesellschaftliche Grundeinstellungen	240
a) Kriminalisierung und Entkriminalisierung der Homosexualität	240
b) Religiosität der Bevölkerung	241
c) Einfluss früherer kultureller Einstellungen	243
3. Der verfassungsrechtliche/verfassungsgerichtliche Rahmen	243
a) Der verfassungsrechtliche Schutz	243
b) Zuständigkeiten und Arten einer Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen	244
c) Die unterschiedlichen Gerichtsentscheidungen	245
4. Schwerpunkte der verfassungsrechtlichen Diskussion	246
a) Der Ehebegriff	246
aa) Wortlautinterpretation	246
bb) Historische Interpretation	247
cc) Bindung an das historische Verständnis oder dynamische Auslegung?	247

Inhaltsverzeichnis

XV

b) Der Eheschutz	249
c) Gesetzgeberische Freiheit	249
d) Gleichbehandlungsgrundsatz	250
e) Nichtdiskriminierung	251
Literaturverzeichnis	253
Sachregister	269

1. Kapitel

Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus verfassungsrechtlicher Perspektive

Ferdinand Wollenschläger

I. Einführung, Meinungsbild und Gang der Untersuchung

1. Einführung

Das erste Kapitel untersucht die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts. Im Zentrum steht die Frage, ob Art. 6 Abs. 1 GG dem zur Ausgestaltung der Ehe berufenen parlamentarischen Gesetzgeber Strukturmerkmale eines Eheverständnisses verbindlich vorgibt, zu denen (noch) die Verschiedengeschlechtlichkeit der Ehepartner rechnet. Bejaht man diese Frage, wäre das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts verfassungswidrig. Art. 6 Abs. 1 GG bestimmt: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“

Die Annahme der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts bedeutet nicht, dass ein solcher Schritt dem Gesetzgeber verwehrt wäre. Er setzte dann aber eine vorherige Verfassungsänderung voraus, die den Anforderungen des Art. 79 GG unterliegt.¹

¹ In formeller Hinsicht verlangt eine Verfassungsänderung neben einer Textänderung des Grundgesetzes (Art. 79 Abs. 1 Satz 1 GG) gemäß Art. 79 Abs. 2 GG eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat. In materieller Hinsicht sperrt die sog. „Ewigkeitsgarantie“ des Art. 79 Abs. 3 GG eine Änderung grundlegender Strukturvorgaben des Grundgesetzes selbst im Wege der Verfassungsänderung: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“ Diese Grenze steht einer Änderung des Art. 6 Abs. 1 GG nach allgemeiner Auffassung nicht entgegen, siehe nur *K. F. Gärditz*, JZ 2011, S. 930 (934 m. Fn. 65); *M. Kotzur*, in: Stern/Becker, Art. 6, Rn. 32; *F. Kramer*, Wandlungsfähigkeit, S. 171, 278. Für eine Verfassungsänderung aus verfassungspolitischen Gründen *J. Benedict*, JZ 2013, S. 477 (487); *K. F. Gärditz*, JZ 2011, S. 930 (934); *W. Pauly*, NJW 1997, S. 1955 (1957); *K. Windthorst*, in: GG-Studienkommentar, Art. 6, Rn. 16c. Mit Formulierungsvorschlag: *F. Kramer*, Wandlungsfähigkeit, S. 277 f.

Von der Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts strikt zu unterscheiden ist die – hier nicht thematisierte – rechtspolitische Bewertung. Die abschließende Beratung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags am 28.6. 2017 illustriert die sich gegenüber stehenden Auffassungen (siehe unten, II.3.).

Jenseits der kontroversen Sachfrage steht, was einleitend vermerkt sei, auch eine grundlegende Frage des Verfassungsverständnisses im Raum, nämlich nach Stabilität und Dynamik der Verfassung:² Ist ein über Jahrhunderte und auch unter dem Grundgesetz tradiertes, wegen seiner grundlegenden Bedeutung für Staat und Gesellschaft unter den besonderen Schutz der Verfassung gestelltes Institut bei aller Offenheit für zeitbedingten Wandel gleichwohl in seinen überkommenen Kernmerkmalen der Disposition des einfachen Gesetzgebers und damit sich wandelnden Mehrheiten der Tagespolitik entzogen? Oder drohte mit der hieraus resultierenden Notwendigkeit einer Verfassungsänderung eine problematische Versteinerung der Verfassung,³ so dass auch Strukturmerkmale des Instituts einer dynamischen Verfassungsinterpretation zugänglich sein müssen und damit der parlamentarische Gesetzgeber jedenfalls bei grundlegend gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen zu entsprechenden Modifikationen befugt ist? Es liegt auf der Hand, dass die Normativität der Verfassung sowohl bei einem zu rigiden und daher gesellschaftliche Veränderungen nicht mehr erfassenden als auch bei einem zu offenen und damit die stabilisierende Funktion der Verfassung verfehlenden Verständnis gefährdet ist.⁴ Dass das Bundesverfassungsgericht trotz aller Billigung und Beförderung des rechtlichen sowie gesellschaftlichen Wandels bis zuletzt am überkommenen Ehebegriff festgehalten hat (dazu unten, IV.), erleichtert die Auflösung dieses Spannungsfeldes nicht.

2. Skizze des Meinungsbilds

Das juristische Schrifttum ist in der Frage, ob eine (nur) einfach-gesetzliche Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit dem Grundgesetz in Einklang steht, nach wie vor gespalten,⁵ mithin auch mit Blick auf das

² Siehe jüngst auch *U. Volkman*, JZ 2018, S. 265.

³ Vgl. m. w. N. *L. Michael*, Rechtswissenschaft 5 (2014), S. 426 (436).

⁴ Siehe auch *N. Koschmieder*, Dynamisierungsprozesse, S. 197; ferner *K. F. Gärditz*, FF 2018, S. 8 (17f.).

⁵ Von der *Verfassungswidrigkeit* ausgehend: *P. Badura*, in: Maunz/Dürig, Art. 6, Rn. 32a (Stand: 69. EL Mai 2013), Rn. 58 (Stand: 65. EL April 2012); *A. Bleckmann*, Grundrechte, § 27, Rn. 6ff., 19f.; *J. Braun*, JZ 2002, S. 23 (25ff.); *M. Burgi*, Der Staat 39 (2000), S. 487 (501ff.); *ders.*, in: Friauf/Höfling, Art. 6 (Stand: 4. EL April 2002), Rn. 18f., 31f., 47; *A. Frhr. von Campenhausen*, VVDStRL 45 (1986), S. 7 (25ff.); *A. Erbarth*, NZFam 2016, S. 536 (537ff.); *K. H. Friauf*, NJW 1986, S. 2595 (2601, 2602); *G. D. Gade/C. Thiele*, DÖV 2013, S. 142 (150f.); *K. F. Gärditz*, JZ 2011, S. 930 (934); *ders.*, Verfassungsgebot Gleichstellung?, S. 85 (104f., etwas offener 121); *M. Gellermann*, Grundrechte, S. 320; *C. Görisch*, Der Staat 54 (2015), S. 591

hier zu beurteilende Gesetz⁶. Auch die Expertenanhörung im Rechtsausschuss des Bundestages am 28.9.2015 spiegelt die kontroverse verfassungsrechtliche Beurteilung wieder,⁷ ebenso die Diskussion des Themas auf der Staatsrechtslehrertagung 2013 in Greifswald⁸. Die Bundesregierung hat in einer Antwort

(592 ff., 611 ff.); C. Gröpl/Y. Georg, AöR 139 (2014), S. 125 (149); H. Hofmann, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Hofmann/Henneke, Art. 6, Rn. 5, 9, 22; H.D. Jarass, in: ders./Pieroth, Art. 6, Rn. 4, 18; M. Kloepfer, in: HGR II, § 43, Rn. 39, 70; M. Kotzur, in: Stern/Becker, Art. 6, Rn. 15 ff., 60; F. Kramer, Wandlungsfähigkeit, S. 162 ff., 273 f., 277 f.; G. Krings, Eheschutz, S. 269 (269 ff.); U. Mager, Einrichtungsgarantien, S. 452 f.; W. Pauly, NJW 1997, S. 1955 (1955 ff.); C. Rijsbergen, Schutz, S. 184, 185 f.; G. Robbers, JZ 2001, S. 779 (783); R. Scholz/A. Uhle, NJW 2001, S. 393 (396 f.); C. Seiler, in: BK, Art. 6 Abs. 1 (Stand: 168. EL Juli 2014), Rn. 62, 71, 107; U. Steiner, in: HGR IV, § 108, Rn. 9, 39; P.J. Tettinger, Schutz, S. 117 (133 f.); A. Uhle, in: BeckOK-GG, Art. 6, Rn. 4 ff., 29 f.; D. C. Umbach, in: ders./Clemens, Art. 6, Rn. 58 ff.; ferner D. Coester-Waltjen, in: von Münch/Kunig, Art. 6, Rn. 9, 12 f. – wiewohl die Möglichkeit eines zukünftigen Verständniswandels anerkennend; M. Ruffert, Vorrang, S. 399 f. – ebenso; H. Steiger, VVDStRL 45 (1986), S. 55 (79). Für die Verfassungskonformität: V. Beck, FPR 2010, S. 220 (225 f.); ders./C. Tometten, DÖV 2016, S. 581 (584 ff.); R. Bömelburg, NJW 2012, S. 2753 (2758); F. Brosius-Gersdorf, in: Dreier, Art. 6, Rn. 81; dies., FamFR 2013, S. 169 (171 f.); dies., NJW 2015, S. 3557 (3558 ff.); C. D. Classen, DVBl. 2013, S. 1086 (1090); N. Dethloff, FamRZ 2016, S. 351 (352 ff.); M. Germann, VVDStRL 73 (2014), S. 257 (286, 287 ff.); S. Heun, Ehen, S. 272 ff.; S.-P. Hwang, KritV 2014, S. 133 (148 ff.); N. Koschmieder, Dynamisierungsprozesse, S. 249 ff.; A. K. Mangold, Streit 2013, S. 107 (116); L. Michael, NJW 2010, S. 3537 (3542); K. Möller, DÖV 2005, S. 64 (65 ff.); S. Ott, NJW 1998, S. 117 (117 f.); A. Sanders, Ehebild, S. 351 (361 ff.); dies., NJW 2013, S. 2236 (2239); R. Schimmel, Eheschließungen, S. 58 ff.; F. Wapler, Verfassungsmäßigkeit, S. 15 ff.; dies., FamRZ 2017, S. 602 (602); ferner M. Grünberger, FPR 2010, S. 203 (208); S. Rixen, JZ 2013, S. 864 (872 f.); ders., Verfassung, S. 131 (136 ff.); K. Stern, Staatsrecht, § 100 (S. 490 – trotz Kritik): „verfassungsgerichtlich vollzogene[r] Verfassungswandel“ [anders noch, indes unter Betonung der Offenheit § 68 (S. 825)]. Offen gelassen: J. Benedict, JZ 2013, S. 477 (486 f.) – mit jedenfalls einer rechtspolitischen Präferenz für eine Verfassungsänderung; S. Berning, Eingetragene Lebenspartnerschaft, S. 167 (194 ff.) – mit Tendenz zur Öffnung; M. Böhm, VVDStRL 73 (2014), S. 211 (226); H. Hofmann, in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, Art. 6, Rn. 9a.

⁶ Für die Verfassungswidrigkeit: C. von Coelln, in: Sachs, Art. 6, Rn. 3, 6; ders., NJ 2018, S. 1 (1 ff.); S. Haydn-Quindeau, NJOZ 2018, S. 201 (204 ff.); F. Hufen, Staatsrecht II, § 16, Rn. 45; J. Ipsen, NVwZ 2017, S. 1096; F. Kramer, Wandlungsfähigkeit, S. V i. V. m. S. 162 ff., 273 f., 277 f.; C. Schmidt, NJW 2017, S. 2225 (2226 ff.); A. Uhle, in: BeckOK-GG, Art. 6, Rn. 4.2 f. Für die Verfassungskonformität: M. Bäumerich, DVBl. 2017, S. 1457 (1461 ff.); T. Blome, NVwZ 2017, S. 1658 (1660 ff.); K. F. Gärditz, FF 2018, S. 8 (10 ff.); H. Gersdorf, Ehe; S. Meyer, FamRZ 2017, S. 1281; G. Robbers, in: Huber/Voßkuhle, Art. 6, Rn. 47 (anders noch die Voraufgabe, siehe ders., in: von Mangoldt/Klein/Starck, Art. 6, Rn. 47); J. P. Schaefer, Die „Ehe für alle“ und die Grenzen der Verfassungsentwicklung, Manuskript, V.; J. Wasmuth, NJ 2017, S. 353 (356 ff.); ferner U. Volkmann, JZ 2018, S. 265 (271).

⁷ Für die Verfassungswidrigkeit: J. Benedict, Stellungnahme Rechtsausschuss, S. 6; J. Ipsen, Stellungnahme Rechtsausschuss, S. 2 ff.; K. Jestaedt, Stellungnahme Rechtsausschuss, S. 2 ff. Für die Verfassungskonformität: F. Brosius-Gersdorf, Stellungnahme Rechtsausschuss, S. 3 ff. („eindeutig“); M. Bruns, Stellungnahme Rechtsausschuss, S. 9 ff.; F. Wapler, Stellungnahme Rechtsausschuss, S. 4 ff.

⁸ 73. Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer zum Thema „Dynamische Grundrechtsdogmatik von Ehe und Familie?“, VVDStRL 73 (2014). Während die Erstberichterstatterin (Monika Böhm) keine Position bezogen hat (S. 211 ff., 320), hat der Zweitberichterstatter (Michael Germann) einen Verfassungswandel bejaht [S. 257 (286, 287 ff.)]. Auch die

vom 8.5.2015 auf eine Kleine Anfrage die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung betont,⁹ wohingegen der Bundesminister der Justiz in einer Presse-einlassung im Juni 2017 die gegenteilige Meinung vertreten hat¹⁰. Das Bundesverfassungsgericht hat sich – mangels Entscheidungsnotwendigkeit – zur hier begutachteten Frage bislang noch nicht unmittelbar geäußert; seine Judikatur zum Eheverständnis sowie zur Einführung und Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft ergibt einen ambivalenten Befund (dazu noch ausführlich IV.).

3. Gang der Untersuchung

Ausgehend von der Rechtslage vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts seien zunächst Gesetzgebungsverfahren und Inhalt dieses Gesetzes sowie seine Begründung nebst parlamentarischem Meinungsbild skizziert (II.). Ein weiterer Abschnitt legt die Ausgangslage dar, nämlich dass die Zivilehe als Rechtsinstitut einer Ausgestaltung durch den Gesetzgeber bedarf, der Gesetzgeber hierbei aber die Strukturmerkmale des verfassungsrechtlichen Ehebegriffs beachten muss (III.). Zu diesen rechnet nach der sodann entfalteten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (IV.) zwar (bislang) die Verschiedengeschlechtlichkeit der Ehepartner; allerdings erweist sich die verfassungsgerichtliche Judikatur als ambivalent. Denn das Bundesverfassungsgericht hat rechtserhebliche Unterschiede zwischen verschiedengeschlechtlicher Ehe und gleichgeschlechtlicher Eingetragener Lebenspartnerschaft verneint und folglich eine nahezu umfassende Gleichbehandlung dieser beiden Institute gefordert, was zumindest die Befugnis des Gesetzgebers impliziert, ein inhaltlich der Ehe entsprechendes Institut für gleichgeschlechtliche Paare zu schaffen. Vor diesem Hintergrund erörtern die beiden Hauptteile dieses Kapitels, ob die Verschiedengeschlechtlichkeit nach wie vor als verfassungskräftig vorgegebenes Strukturelement des Instituts der Ehe angesehen werden kann. Hierzu werden Ansätze zur Interpretation der Ehegarantie entfaltet (V.) und sodann mit Blick auf ihre Konsequenzen für die Frage bewertet; im Ergebnis spricht mehr dafür, dass die Verschiedengeschlechtlichkeit kein Strukturmerkmal des Ehebegriffs mehr darstellt und dem Gesetz-

Aussprache (S. 297 ff.) hat ein gespaltenes Bild ergeben. Für die *Verfassungswidrigkeit* die Diskussionsbeiträge von C. von Coelln (S. 314) und G. Püttner (S. 301 f.). Für die *Verfassungskonformität* die Diskussionsbeiträge von F. Brosius-Gersdorf (S. 303 ff.) und L. Michael (S. 299 f.). *Offen gelassen* im Diskussionsbeitrag von D. Grimm (S. 300 f.).

⁹ Antwort der Bundesregierung vom 8.5.2015 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln) u. a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BT-Drs. 18/4862, S. 5.

¹⁰ Interview des Bundesjustizministers Heiko Maas mit der Saarbrücker Zeitung vom 28.6.2017, abrufbar unter https://www.bmjv.de/SharedDocs/Interviews/DE/2017/Online/062917_Saarbruecker_Zeitung.html (22.1.2018).

geber damit eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften möglich ist (VI.). Eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften bedeutet, wie weiter dargelegt wird, keinen generellen Konturen- und Bedeutungsverlust des Instituts der Ehe (VII.). Ein abschließender Teil erörtert verfassungsgerichtliche Rechtsschutzmöglichkeiten (VIII.). Eine Zusammenfassung in Thesen rundet das Kapitel ab (IX.).

4. Exkurs: Korrekturbedarf auf einfach-gesetzlicher Ebene und IPR-Problematik

Jenseits der hier thematisierten Kernfrage nach der Verfassungskonformität einer nur einfach-gesetzlichen Weitung des Ehebegriffs ist festzuhalten, dass das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts wesentliche Folgefragen der Öffnung des Ehebegriffs nicht regelt respektive Widersprüche im einfachen Recht begründet und damit Korrekturbedarf auf einfach-gesetzlicher Ebene auslöst. So verweist die Bundesregierung auf Änderungsbedarf vor allem im Personenstandsrecht.¹¹ Es besteht freilich auch darüber hinausgehender Korrekturbedarf. Dies betrifft zunächst die Verwendung der Begriffe „Mann“ und „Frau“ (z. B. § 1355 Abs. 2 BGB hinsichtlich des Ehenamens) bzw. „Mutter“ und „Vater“ (z. B. Geburtsname, § 1617 Abs. 1 Satz 1 BGB) im Familienrecht. Mehr als nur redaktioneller Anpassungsbedarf besteht darüber hinaus im Abstammungsrecht, das vielfach auf eine verschiedengeschlechtliche Ehe der Eltern abhebt.¹² So bestimmt etwa § 1592 Nr. 1 BGB, dass „Vater eines Kindes ... der Mann [ist], der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet ist“ (siehe ferner §§ 1598a und 1600 BGB; § 100 FamFG). Weitere Fragen ergeben sich hinsichtlich der Umwandlung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe mit Blick auf die Anwendbarkeit der §§ 1308, 1310, 1314 BGB. Nachdem diese Aspekte einer einfach-gesetzlichen Regelung zugänglich sind, bleiben sie im Folgenden ausgeklammert.

Ebenfalls ausgeklammert bleibt die für Sachverhalte mit Auslandsbezug relevante IPR-Problematik. Hinsichtlich der Frage, welcher Rechtsordnung die Begründung einer gleichgeschlechtlichen Ehe, deren allgemeine oder güterrechtliche Wirkungen sowie die Beendigung unterliegen, hat sich das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts nicht für eine Anwendung der für verschiedengeschlechtliche Ehen geltenden Regeln entschieden, sondern für eine entsprechende Anwendung des Rechtsrahmens für Eingetragene Lebenspartnerschaften (siehe Art. 17b Abs. 4 EGBGB; dazu unten, II.2.). In der Sache kann dies gleichgeschlechtlichen Ehepartnern

¹¹ Siehe Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange vom 13. Juli 2017 auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Volker Beck, BT-Drs. 18/13113, S. 21 f.

¹² Siehe dazu auch *S. Binder/A. Kiehnle*, NZFam 2017, S. 742; *M. Löbnig*, NZFam 2017, S. 643.

Rechtswahlmöglichkeiten eröffnen, die verschiedengeschlechtlichen Ehepartnern nicht zustehen.¹³ Die hierin liegende, auch verfassungsrechtlich relevante Ungleichbehandlung bedarf einer sachlichen Rechtfertigung.¹⁴ Ob eine solche vorliegt, bestimmt sich nach den Sachgesetzlichkeiten der jeweiligen Materie, mithin danach, ob hinreichend gewichtige Gründe für eine Verschiedenbehandlung nach Maßgabe des Internationalen Privatrechts anzuerkennen sind, etwa mit Blick auf die Nichtanerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen im ausländischen Recht, wenn dies einer Eheschließung auch in Deutschland entgegenstehen würde. Die hiermit aufgerufenen IPR-Fragen sind komplex und bedürften einer eigenständigen Aufarbeitung, die im Rahmen der hier angestellten verfassungsrechtlichen Überlegungen nicht geleistet werden kann; hinzu kommt, dass selbst bei Annahme einer (partiellen) Verfassungswidrigkeit der Ungleichbehandlung eine einfach-gesetzliche Korrektur möglich ist. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass aufgrund unterbliebener Folgeregelungen – ähnlich wie im Familienrecht – „dem Gesetz über die ‚Ehe für alle‘ im IPR und IZPR schlechte handwerkliche Qualität“ attestiert wird, „weil es wichtige Konsequenzen aus seinem Grundansatz nicht zieht. Es regelt nur einen Teil dessen, was es – systematisch wie nach seinem eigenen Anliegen – hätte regeln müssen.“¹⁵

II. Hintergrund: Das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts

Nach einer Darlegung der Rechtslage vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (1.) entfaltet dieser Abschnitt das Gesetzgebungsverfahren und den wesentlichen Inhalt des Gesetzes (2.). Angesichts der (verfassungsrechtlichen) Kontroverse seien auch die Gesetzesbegründung und das parlamentarische Meinungsbild in den Blick genommen (3.).

1. Rechtslage vor Inkrafttreten

Vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts¹⁶ stand die Ehe nur Personen verschiedenen

¹³ Zur Problematik und (auch) aus verfassungsrechtlicher Warte kritisch *T. Pfeiffer*, Welches Eherecht hätten S' denn gerne? Das neue Gesetz zu „Ehe für alle“ stellt gleichgeschlechtliche Paare im Internationalen Privatrecht besser als heterosexuelle, FAZ v. 14.9.2017, S. 8. Siehe zur IPR-Thematik ferner *P. Mankowski*, IPrax 2017, S. 541 (542 ff.; die Gleichheitsfrage aufwerfend ebd., S. 550 f.).

¹⁴ Hierzu nur *F. Wollenschläger*, in: Huber/Voßkuhle, Art. 3, Rn. 84 ff.

¹⁵ *P. Mankowski*, IPrax 2017, S. 541 (550).

¹⁶ Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20. Juli 2017, BGBl. I, S. 2787.

Geschlechts offen. Dies kam zwar nicht im Wortlaut des § 1353 Abs. 1 Satz 1 BGB explizit zum Ausdruck, der lediglich bestimmte: „Die Ehe wird auf Lebenszeit geschlossen“; allerdings entsprach ein derartiges Eheverständnis der allgemeinen Auffassung, die systematisch die Einführung des alternativen Instituts der Eingetragenen Lebenspartnerschaft bekräftigt.¹⁷

Das am 1.8.2001 in Kraft getretene Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG)¹⁸ ermöglichte gleichgeschlechtlichen Personen, eine Partnerschaft auf Lebenszeit zu begründen.¹⁹ Dieses Institut hat der Gesetzgeber weitgehend der Ehe angenähert, teils schon in seiner ursprünglichen Ausgestaltung, teils aufgrund späterer Gesetzesänderungen. Besondere Bedeutung kam dem am 1.1.2005 in Kraft getretenen Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts zu, das eine weitere Angleichung hinsichtlich des ehelichen Güterrechts, des Unterhaltsrechts, der Aufhebungsgründe (Scheidungs Voraussetzungen), der Stiefkindadoption, des Versorgungsausgleichs sowie der Hinterbliebenenversorgung vorsah.^{20, 21} Das am 26.11.2015 in Kraft getretene Gesetz zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner hat eine weitere Angleichung insbesondere in Randbereichen vorgenommen.²²

Weitere wesentliche Angleichungen forderte das Bundesverfassungsgericht aus Gründen der Gleichbehandlung von Ehe und Eingetragener Lebenspartnerschaft ein, beginnend mit seinem Beschluss zur betrieblichen Hinterbliebenenversorgung vom 7.7.2009,²³ und sodann hinsichtlich Privilegierungen im

¹⁷ Siehe nur *A. Roth*, in: MüKo-BGB, § 1353, Rn. 4; *F. Wapler*, FamRZ 2017, S. 602 (602).

¹⁸ Lebenspartnerschaftsgesetz vom 16. Februar 2001 (BGBl. I, S. 266), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2787).

¹⁹ Siehe auch allgemein zum Wandel im Ehe recht *H. Holzhauser*, Ehe, S. 71 (73 ff.); *F. Kramer*, Wandlungsfähigkeit, S. 163 ff.

²⁰ Gesetzentwurf der Abgeordneten Joachim Stünker u. a. und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Volker Beck (Köln) u. a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts vom 29.6.2004, BT-Drs. 15/3445, S. 1.

²¹ Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts vom 15. Dezember 2004, BGBl. I, S. 3396.

²² Gesetz zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner vom 20.11.2015, BGBl. I, S. 2010. Siehe auch die Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner vom 2.9.2015, BT-Drs. 18/5901, S. 1: „In einigen Vorschriften vor allem des Zivil- und Verfahrensrechts, aber auch des sonstigen öffentlichen Rechts, werden Ehe und Lebenspartnerschaft unterschiedlich behandelt, ohne dass dafür ein überzeugender Grund ersichtlich wäre. Der Gesetzentwurf will in derartigen Vorschriften die Lebenspartnerschaft der Ehe gleichstellen, um die Rechtsordnung zu vereinheitlichen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um redaktionelle Änderungen von Vorschriften von geringerer praktischer Bedeutung. Gleichzeitig sollen noch unterbliebene Anpassungen des bürgerlichen Rechts an das Familienverfahrensrecht nachgeholt, das Adoptionsvermittlungsgesetz an das Europäische Übereinkommen vom 27. November 2008 über die Adoption von Kindern (revidiert) angepasst sowie weitere notwendige Änderungen vorgenommen werden.“ Zu verbliebenen Unterschieden *F. Kramer*, Wandlungsfähigkeit, S. 157 f.

²³ BVerfGE 124, 199.

Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer (21.7.2010),²⁴ des Familienzuschlags für Beamte (19.6.2012),²⁵ der Befreiung von der Grunderwerbsteuer (18.7.2012),²⁶ der Sukzessivadoption (19.2.2013)²⁷ und des Ehegattensplittings (7.5.2013)²⁸ (dazu noch unten, IV.4.).²⁹

Als wesentlicher Unterschied blieb die gemeinschaftliche Adoption Lebenspartnern verschlossen (zur fraglichen Verfassungskonformität auf der Basis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unten, V.7.). § 1741 Abs. 2 BGB beschränkt diese nämlich auf Ehepaare:

¹Wer nicht verheiratet ist, kann ein Kind nur allein annehmen. ²Ein Ehepaar kann ein Kind nur gemeinschaftlich annehmen. ³Ein Ehegatte kann ein Kind seines Ehegatten allein annehmen. ⁴Er kann ein Kind auch dann allein annehmen, wenn der andere Ehegatte das Kind nicht annehmen kann, weil er geschäftsunfähig ist oder das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Eine divergierende Formulierung findet sich auch hinsichtlich der Natur der Gemeinschaft. So bestimmt § 1353 BGB für die Ehe:

(1) [...] ²Die Ehegatten sind einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet; sie tragen füreinander Verantwortung.

(2) Ein Ehegatte ist nicht verpflichtet, dem Verlangen des anderen Ehegatten nach Herstellung der Gemeinschaft Folge zu leisten, wenn sich das Verlangen als Missbrauch seines Rechts darstellt oder wenn die Ehe gescheitert ist.

§ 2 LPartG formuliert demgegenüber: „¹Die Lebenspartner sind einander zu Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet. ²Sie tragen füreinander Verantwortung.“³⁰ Die Gesetzesbegründung zum LPartG führt insoweit aus:

Während das Eherecht die Verpflichtung der Ehegatten zur Herstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft vorsieht (vgl. § 1353 BGB), wird von der Schaffung einer entsprechenden Pflicht für Lebenspartner abgesehen. Das Zusammenleben der Lebenspartner wird auch ohne ausdrückliche gesetzliche Pflicht angesichts der Fürsorge- und Unterstützungsverpflichtung in § 2 LPartG und der Regelungen über das Getrenntleben im Abschnitt 3 die Regel sein; deshalb hat jeder Lebenspartner ein Recht auf Rücksichtnahme auf das Bestehen der Lebenspartnerschaft durch andere, insbesondere durch staatliche Stellen.³¹

²⁴ BVerfGE 126, 400.

²⁵ BVerfGE 131, 239.

²⁶ BVerfGE 132, 179.

²⁷ BVerfGE 133, 59.

²⁸ BVerfGE 133, 377.

²⁹ Zur Fortentwicklung im Überblick *F. Kramer*, Wandlungsfähigkeit, S. 150ff.

³⁰ Zur damit einhergehenden Unterschiedlichkeit *G. D. Gade/C. Thiele*, DÖV 2013, S. 142 (147); *C. Schmidt*, NJW 2017, S. 2225 (2226).

³¹ Begründung, Gesetzentwurf der Abgeordneten Alfred Hartenbach u. a. und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Volker Beck (Köln) u. a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entwurf eines Gesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichge-

Weiter heißt es aber auch:

Mit der Begründung der Lebenspartnerschaft sind die Lebenspartner einander zu Fürsorge und Unterstützung verpflichtet und tragen füreinander Verantwortung. Diese Elemente sind die Grundlage einer jeden familienrechtlichen Verbindung. Dies gilt z. B. für das Verhältnis zwischen Ehegatten, die nach § 1353 Abs. 1 Satz 2 BGB zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet sind und füreinander Verantwortung tragen. Im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern gilt nach § 1618a BGB, dass sie einander Beistand und Rücksicht schuldig sind, unabhängig davon, ob die elterliche Sorge (noch) besteht.

Wie sich aus der Rechtsprechung zu den Parallelvorschriften der §§ 1353, 1618a BGB ergibt, die im Übrigen auch für die Auslegung des § 2 LPartG heranzuziehen ist, sind die Lebenspartner zur wechselseitigen Unterstützung und Hilfeleistung in allen Lebenslagen verpflichtet. Es kann von den Lebenspartnern nicht nur ein Tun verlangt werden. Sie haben auch gegenseitige Rücksichtnahme zu üben. Die Lebenspartnerschaft ist damit eine gegenseitige Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaft.³²

2. Gesetzgebungsverfahren und Inhalt des Gesetzes

Der Deutsche Bundestag hat am 30.6.2017 das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts mit 393 gegen 226 Stimmen bei vier Enthaltungen verabschiedet und sich dabei einen Gesetzentwurf des Bundesrates vom 25.9.2015³³ zu eigen gemacht.³⁴ Das Gesetz wurde am 28.7.2017 im Bundesgesetzblatt verkündet³⁵ und ist gemäß seines Art. 3 Abs. 1 zum 1.10.2017 in Kraft getreten. Neben diesem Gesetzentwurf des Bundesrates haben auch Abgeordnete der sowie die Fraktion DIE LINKE³⁶ und Abgeordnete der sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN³⁷ einen

schlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG) vom 4.7.2000, BT-Drs. 14/3751, S. 36.

³² Begründung, Gesetzentwurf der Abgeordneten Alfred Hartenbach u. a. und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Volker Beck (Köln) u. a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entwurf eines Gesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG) vom 4.7.2000, BT-Drs. 14/3751, S. 36.

³³ Gesetzentwurf des Bundesrates – Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 11.11.2015, BT-Drs. 18/6665.

³⁴ Zur Debatte Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 244. Sitzung am 30.6.2017, Plenarprotokoll 18/244, S. 25105 ff.; zum Abstimmungsergebnis ebd., S. 25117 ff.

³⁵ BGBl. I, S. 2787.

³⁶ Gesetzentwurf der Abgeordneten Diana Golze, Agnes Alpers, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, Sigrid Hupach, Cornelia Möhring, Harald Petzold (Havelland), Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE – Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 23.10.2013, BT-Drs. 18/8.

³⁷ Gesetzentwurf der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Ulle Schauws, Katja Keul, Monika Lazar, Kai Gehring, Luise Amtsberg, Matthias Gastel, Renate Künast, Irene Mihalic, Özcan Mutlu, Dr. Konstantin von Notz, Claudia Roth (Augsburg), Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Eheverbots für gleichgeschlechtliche Paare vom 10.6.2015, BT-Drs. 18/5098.

entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht; diese haben sich mit Annahme des Entwurfs des Bundesrates erledigt^{38,39}

Die Kernregelung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts findet sich in dessen Art. 1 Nr. 2, der § 1353 Abs. 1 Satz 1 BGB ändert. Bislang lautete die zuletzt genannte Vorschrift: „Die Ehe wird auf Lebenszeit geschlossen.“ Die Neuregelung fasst § 1353 Abs. 1 Satz 1 BGB wie folgt:

Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen.

Des Weiteren enthält das Gesetz hier nicht weiter zu thematisierende Regelungen zum Ehefähigkeitszeugnis für Ausländer (Art. 1 Nr. 1), zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes um eine Regelung zur Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe (Art. 2 Abs. 1; ferner Art. 3 Abs. 2) einschließlich personenstandsrechtlicher Folgeregelungen (Art. 2 Abs. 2) sowie Änderungen des Transsexuellengesetzes (Art. 2 Abs. 3) und des EGBGB (Art. 2 Abs. 4).

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts am 1.10.2017 sind Neubegründungen Eingetragener Lebenspartnerschaften nicht mehr möglich (Art. 3 Abs. 3).

Abgesehen von der Ermöglichung der Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts erschöpft sich die Auswirkung des Gesetzes im Vergleich zur Rechtsstellung Eingetragener Lebenspartnerschaften im Wesentlichen in der Ermöglichung einer gemeinschaftlichen Adoption, die § 1741 Abs. 2 BGB Ehepaaren vorbehält (siehe aber zur fraglichen Verfassungskonformität des Ausschlusses nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unten, V.7.).

3. Begründung des Gesetzes und parlamentarisches Meinungsbild

Der Gesetzentwurf begründet die Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts wie folgt:

Der Bundesrat hatte bereits am 22. März 2013 einen Gesetzentwurf zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts beschlossen und beim Deutschen Bundestag eingebracht, BR-Drucksache 193/13 (Beschluss). Der Gesetzentwurf ist jedoch wegen des Ablaufs der Wahlperiode der Diskontinuität anheimgefallen.

Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes bestimmt: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird durch diese Vorschrift unter anderem die Ehe als Institut garantiert. Der Gesetzgeber muss deshalb die wesentlichen, das Institut der Ehe bestimm-

³⁸ Siehe auch Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz vom 28.6.2017, BT-DrS. 18/12989, S. 8.

³⁹ Siehe für einen Gesamtüberblick über die legislativen Vorstöße seit der 12. Legislaturperiode M. Bruns, Stellungnahme Rechtsausschuss, S. 3 ff.

Sachregister

- Abstandsgebot 31 ff., 133, 200f., 209, 241
Abstrakte Normenkontrolle 124 ff., 127
Adoption 8, 10, 14, 45, 68, 97f., 112
– in anderen Rechtsordnungen 141, 143f., 148f., 155 ff., 159, 165f., 169, 174, 178, 182f., 185, 191, 198, 208 ff., 213, 216f., 225 f., 233, 237, 241, 250
– Stiefkindadoption *siehe dort*
– Sukzessivadoption *siehe dort*
Allgemeines Persönlichkeitsrecht 41 ff., 49, 115, 119f.
Altes Testament 242
Amerikanische Rechtsordnungen 218
siehe auch die betreffenden Staaten
Andorra 151, 240
Argentinien 13, 105, 134, 160, 218
Auslegung 135, 159f., 168f., 189, 194, 199f., 217, 219, 225, 227, 234, 246 ff.
siehe auch Verfassungsinterpretation
– dynamische 135, 159, 199, 217, 219, 225, 227, 247 ff. *siehe auch* Ehe: Begriffsdynamisierung
– historische 159, 194, 225, 246 f. *siehe auch* Verfassungsinterpretation: subjektiv-historische
– wörtliche 160, 168f., 189, 199, 219, 234, 246 f. *siehe auch* Wortlaut
Australien 105f., 111, 134, 198, 234, 237 ff.
- Belgien 104, 136 ff., 145 ff., 239, 245 ff.
– Adoption 68, 93, 148f.
– Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe 13, 104, 148 ff.
– Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle 146 ff.
– verfassungsgerichtliche Entscheidung 150
Benelux-Staaten 137 ff. *siehe auch* Belgien; Niederlande; Luxemburg
- Bolivien 219, 243
Brasilien 13, 105, 134, 218, 246, 251
British Columbia 198, 223 ff.
Buddhismus *siehe* Religion: Buddhismus
Bulgarien 207
Bundesverfassungsgericht 4, 21 ff.
– Ambivalenz der Rechtsprechung 44 ff., 128
– Ehe, hinkende 22, 25
– Ehebegriff *siehe* Ehe: Begriff
– Ehegattensplitting 8, 12, 23, 40, 44 ff., 49, 83, 87 ff., 95 ff., 123 f. *siehe auch* Bundesverfassungsgericht: Steuersplitting
– Eheverbot der Geschlechtsgemeinschaft 22, 25, 53
– Eingetragene Lebenspartnerschaft *siehe dort*
– Einkommensanrechnung 22
– Elterliche Gewalt 22, 51 ff., 62f., 65, 96f., 109
– Entwicklung der Rechtsprechung 64
– Erbschafts- und Schenkungssteuer 8, 12, 40, 46, 73, 86
– Familiennachzug 27, 73
– Familienzuschlag für Beamte 8, 12, 23, 35 ff., 40, 86
– Grunderwerbssteuer 8, 12, 40
– Grundrechte, europäische 35, 52 *siehe auch* GRCh
– Hinterbliebenenvorsorge, betriebliche 7, 12, 37f., 40, 48, 72f., 84f.
– Katholischer Chefarzt 22, 51, 73
– Nichtehelichkeit 22
– Personenstandseintragung *siehe* Intersexualität
– Spanier-Beschluss 20, 22, 24f., 50 ff., 62
– Steuersplitting 16, 19, 24 *siehe auch* Bundesverfassungsgericht: Ehegattensplitting

- Sukzessivadoption *siehe dort*
- Transsexuellen-Entscheidungen *siehe* Transsexualität
- Verfassungsinterpretation *siehe dort*
- Verschiedengeschlechtlichkeit als Ehemerkmal 21 ff., 44 f., 128 *siehe auch* Ehe: Verschiedengeschlechtlichkeit
- Vormundschaft von Großeltern 76 f.
- Zerrüttungsprinzip 22, 25 ff.
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) 88, 92
- Anpassungsbedarf 5 *siehe auch* Folgefragen, einfach-gesetzliche
- Ehe 7 *siehe auch* Ehe: Begriff

- Chile 219
- China 243
- Church of England 188, 192, 242
- Common-law-Staaten, europäische 186 ff. *siehe auch die betreffenden Staaten*

- Dänemark 13, 68, 93, 104, 133, 142, 160, 183 ff., 239, 251
- Diskriminierung 35 ff., 48 f., 88 ff., 105, 120, 122, 126, 128, 130 *siehe auch* Eingetragene Lebenspartnerschaft: LPartDisBG; Gleichheitssatz
- Allgemeiner Gleichheitssatz 21 *siehe auch* Gleichheitssatz
- Bezeichnung 15
- Ehen, kinderlose *siehe dort*
- GRCh 135
- Rechtsordnungen, andere 136, 142 ff., 156, 161, 166 f., 186 f. 190, 201, 206, 210 ff., 234 ff., 243, 251 f.
- Schutz vor 11, 13, 49 *siehe auch* Diskriminierung; Rechtsordnungen, andere; Gleichheitssatz
- Typisierung 112

- EGBGB *siehe* Folgefragen, einfach-gesetzliche
- EGMR 35, 52, 68, 77, 93, 95, 135, 143, 160 f., 175, 181, 183, 188 f., 191, 198, 211 f., 215 ff., 246 f. *siehe auch* EMRK
- Ehe *siehe auch* Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts
- Abstandsgebot *siehe dort*
- Angelegtsein auf Dauer 23, 45, 112, 115, 122
- Ausgestaltung durch Gesetzgeber 11, 15 ff., 20, 26, 45, 53, 66, 110 f., 114 ff., 117, 127
- Bedeutung, fortdauernde 121 ff., 131
- Bedeutung, nachlassende 123
- Begriff 11, 13, 22 ff., 47 ff., 68 f., 112, 115 ff., 144, 150, 168 f., 176, 185 f., 204, 217, 228, 232 f., 235 f., 243, 247 *siehe auch* Ehe: Strukturmerkmale/-prinzipien; Ehe: Verschiedengeschlechtlichkeit
- Begriff, christlicher 51 ff.
- Begriff des BGB 7
- Begriff, traditioneller 11, 22 f., 47 ff., 53, 68 f., 112, 144, 150, 168 f., 176, 185 f., 204, 217, 228, 232 f., 235 f., 243, 247
- Begriffe, Auseinanderfallen der 115 ff.
- Begriffsdynamisierung 54 f.
- Begriffsinterpretation, systematische 52 ff. *siehe auch* Auslegung; Verfassungsinterpretation
- Besserstellung 38 ff., 46, 72 f., 99, 112, 114, 123 f., 128
- Dauerhaftigkeit *siehe* Ehe: Angelegtsein auf Dauer
- Ehegattensplitting *siehe* Bundesverfassungsgericht: Ehegattensplitting
- Eheschutz *siehe* Ehe: Schutz
- Einehe 19, 23 ff., 63
- Einstandspflicht 39
- Entstehungsgeschichte 56 ff. *siehe auch* Verfassungsgeschichte
- Familienbezug 21, 33, 39 f., 44, 57, 72 ff., 112 ff., 122, 128 ff., 131
- Förmlichkeit 23 f.
- Fortpflanzungspotential 83 f., 112 ff., 129 f. *siehe auch* Ehe: Familienbezug
- Freiwilligkeit 23, 53
- Fürsorge und Unterstützung 9
- gleichgeschlechtliche nach alter Rechtslage 41
- hinkende 22
- Institutsgarantie *siehe dort*
- Kinder *siehe dort*

- Kinderlosigkeit 11, 39, 52, 65, 72, 75 ff., 83 ff., 91, 112, 114, 130, 168, 204, 248, 250
- Konturenverlust *siehe dort*
- Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft 8, 23, 70 ff., 112, 114 f., 122, 129 ff. *siehe auch* Ehe: Verantwortungsgemeinschaft
- Natur der Ehegemeinschaft 8
- Öffnung der Ehe, Pflicht zur 119 ff.
- Privilegierung *siehe* Ehe: Besserstellung
- Rechtsprechung *siehe* Bundesverfassungsgericht
- Rechtsschutz *siehe* Verfassungsrechtsbehelfe
- Schutz 15 ff., 21, 27 ff., 33, 47, 51, 69 ff., 105, 112, 114, 121, 127 f., 131 *siehe auch* Institutsgarantie
- Schutz in anderen Rechtsordnungen 194, 200 ff., 244, 249 ff.
- Sprachgebrauch 64, 69
- Stabilität *siehe* Ehe: Angelegtsein auf Dauer
- Steuerrecht *siehe* Bundesverfassungsgericht: Ehegattensplitting; Bundesverfassungsgericht: Steuersplitting
- Strukturmerkmale/-prinzipien 2, 4, 10 f., 13, 18, 24 ff., 44, 51, 65, 113 ff., 116, 122, 127, 129 f., 162, 176 ff., 248 f. *siehe auch* Ehe: Begriff
- Strukturvorgaben des Grundgesetzes 20
- Trennungsthese *siehe* Ehe: Familienbezug
- Unauflösbarkeit, grundsätzliche *siehe* Ehe: Angelegtsein auf Dauer
- Verantwortungsgemeinschaft 21, 43, 45, 128 *siehe auch* Ehe: Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft
- Verschiedengeschlechtlichkeit 11, 21 ff., 44 f., 47 f., 49 ff., 81 ff., 99, 110 ff., 113 ff., 127 f., 129 ff.
- verschiedenreligiöse 13
- Verständniswandel 52, 64 f.
- Vielehe 121 f., 131
- Weimarer Reichsverfassung 16
- Ehegattensplitting *siehe* Bundesverfassungsgericht: Ehegattensplitting
- Eigentum 117
- Eingetragene Lebenspartnerschaft 7 ff., 11 f., 25 f., 97 *siehe auch* Lebensgemeinschaften: registrierte
 - Abstandsgebot 31 ff. *siehe auch dort*
 - Adoption *siehe dort*
 - Aliud zur Ehe 27 ff., 44, 99, 113, 115 f., 128
 - Angelegtsein auf Dauer 45
 - Angleichung an Ehe 7 f., 113, 128
 - auf Zeit 121 f., 131
 - Bundesverfassungsgericht 11, 17, 19 f., 23, 25 f., 27 ff., 37, 44, 48 f., 78, 116, 120
 - Differenzierung nach der sexuellen Orientierung 36 f.
 - Ehegattensplitting *siehe* Bundesverfassungsgericht: Ehegattensplitting
 - Einführung 7, 11
 - Einstandspflicht 39
 - Fürsorge- und Unterstützungsverpflichtung 8 f., 12
 - Gesetz zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner 7
 - Kinder (Empirie) 79 *siehe auch* Adoption
 - Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft 71 f., 112, 114 f., 129 ff.
 - LPartDisBG 28 ff., 68, 93 *siehe auch* Diskriminierung
 - LPartG 7, 48
 - Natur der Eingetragenen Lebenspartnerschaft 8
 - Neubegründung, Unmöglichkeit der 10, 14
 - Parallelgesetzgebung 47
 - Schlechterstellung gegenüber Ehe 38 ff.
 - Sprachgebrauch 64, 69
 - Steuerrecht *siehe* Bundesverfassungsgericht: Ehegattensplitting
 - Sukzessivadoption *siehe dort*
 - Umwandlung in Ehe 14
 - Verantwortungsübernahme 45
- Einrichtungsgarantie *siehe* Institutsgarantie
- Einstweilige Anordnung *siehe* Rechtsschutz: Einstweilige Anordnung
- Eltern 112, 114, 118, 130, 141 ff., 183, 191, 200 f., 213, 217, 250 f.

- Elterliche Gewalt 22
- gleichgeschlechtliche 5, 12 f., 67, 94 f., 141 f., 159, 183 ff., 191, 198, 213, 216 f., 233, 238, 250 f.
- Empirie 78 ff., 84 ff.
- EMRK 101 ff., 113 f., 129, 131, 135, 140 f., 151, 188 f., 191 f., 198, 215, 243 ff., 247
siehe auch EGMR
- Eheschließung, Recht auf 52, 87, 101 ff., 111, 135, 143, 147, 151, 160, 188, 215
- Familienleben, Achtung von 77, 95, 140, 181 f., 188, 215
- Öffnung der Ehe, keine Pflicht zur 101 ff., 121
- Rang 103
- England 68, 93, 104, 186 ff.
- gleichgeschlechtliche Ehe 190 ff.
- Hyde v. Hyde *siehe dort*
- Supremacy of Parliament *siehe dort*
- Verfassung und verfassungsgerichtliche Kontrolle 137, 188
- Enkelkinder 76 f.
- Entkriminalisierung der Homosexualität
siehe Homosexualität: Kriminalisierung
- Estland 207 f., 210, 241, 247
- EuGH *siehe* Europäische Union: EuGH
- Europarat *siehe* EMRK
- Europäische Menschenrechtskonvention
siehe EMRK
- Europäische Staaten 137 ff.
- Europäische Union
- EuGH 68, 93, 136, 191, 206
- GRCh *siehe dort*
- Mitgliedstaaten 64, 68, 93, 104, 111, 136
siehe auch die einzelnen Mitgliedstaaten
- Europarecht 69, 93, 113 f., 129 *siehe auch* EMRK; Europäische Union
- FamFG *siehe* Folgefragen, einfach-gesetzliche
- Familie 112, 114, 130
- Familienbezug der Ehe *siehe* Ehe: Familienbezug
- Familiennachzug *siehe* Bundesverfassungsgericht: Familiennachzug
- Familienzuschlag *siehe* Bundesverfassungsgericht: Familienzuschlag für Beamte
- Großeltern *siehe dort*
- Großfamilie 77
- Kinder *siehe dort*
- Schutz 11, 75 ff., 138, 140, 147, 150 f., 155 f.
- Schutz, unionsrechtlicher 135 f.
- Schutz, völkerrechtlicher 134 f.
- Finnische Staatskirchen 184, 242
- Finnland 13, 68, 93, 103 f., 183 ff., 239, 242, 251
- Folgefragen, einfach-gesetzliche 5 f.
- Frankreich 13, 68, 93, 104, 136, 151 f., 170 ff., 193, 230, 239, 244 ff.
- Gewissensentscheidung der Trauperson 178
- „mariage pour tous“ 174
- Referendum 174
- Verfassung 170 ff.
- Verfassungsgericht 175 ff.
- Verfassungsmäßigkeit der „mariage pour tous“ 175 ff.
- Freizügigkeit 136, 209, 220
- frozen concepts 167, 227, 247
- Geografische Überblicke 134, 239
- Geschlechtsumwandlung 41 ff., 102, 149, 161, 181, 183, 190, 238, 251
- Gesellschaft
- Konsens 240 ff.
- Realität 55 f., 63 ff.
- Wandel *siehe* Wandel, gesellschaftlicher
- Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts 10, 14 *siehe auch* Ehe
- Ablehnung 14 f. *siehe auch* Verfassungsänderung
- Folgefragen *siehe* Folgefragen, einfach-gesetzliche
- Gesetzesbegründung 10 ff.
- Gesetzgebungsverfahren 9 ff.
- Inhalt 10, 14
- Meinungsumfragen 12, 64
- Öffnung der Ehe 130
- Plenardebatte 15

- Gesetzgeberische Freiheit 161, 169, 179, 182, 199, 233, 249 *siehe auch* Ehe:
Ausgestaltung durch Gesetzgeber
- Gewaltenteilung 136 f., 139 f., 163, 171, 202
- Gleichheitssatz 21, 34 ff., 46, 112 ff., 115, 119 f., 123 f., 128
- Anwendung, strikte 21, 34 ff., 128
 - Ausland 13
 - Bindung an 104
 - Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung 35 ff., 128 *siehe auch* Diskriminierung
 - Eheschließung, Recht auf 102 ff., 111
 - Eheverständnis, weites 103 f.
 - Erläuterungen zur 104
 - Familiengründung, Recht auf 102 ff.
 - Gleichberechtigungsgesetz 53
 - Gleichheitsrechte, besondere 34, 49
 - in anderen Rechtsordnungen 144, 149 f., 168, 185, 191, 204, 214 f., 217, 219, 226, 233, 235, 238, 249 ff.
- GRCh 102 ff., 113 f., 129, 131
- Öffnung der Ehe, Pflicht zur 121
 - Rechtfertigung 6, 34 ff., 38 ff., 47 f., 70 ff., 105, 112 f., 123 f., 128
- Griechenland 68, 93, 211 f., 240
- Großbritannien 186 ff. *siehe auch die*
angehörigen Landesteile sowie
Vereinigtes Königreich
- Großeltern 76 f.
- Grundgesetz *siehe* Grundrechte;
Verfassung
- Grundrechte *siehe* Allgemeines Persönlichkeitsrecht; Gleichheitssatz;
Institutsgarantie; Weimarer Reichsverfassung
- Abwehrrecht 16, 30
 - Schutz- und Förderpflicht 16, 31, 34, 38
- Guernsey 186, 239
- Hinduismus *siehe* Religion: Hinduismus
- Hinterbliebenenvorsorge, betriebliche *siehe* Bundesverfassungsgericht:
Hinterbliebenenvorsorge, betriebliche
- Historische Interpretation *siehe* Auslegung: historische
- Homophobie 15
- Homosexualität 11 ff., 36 f., 92 f., 142, 169, 181, 184, 186, 190, 205 f., 216 f., 219, 224, 233 f., 240 f.
- Anerkennung von Partnerschaften 44, 50, 55 f., 63 ff., 111, 113 f., 129 *siehe auch* Wandel, gesellschaftlicher
 - Diskriminierung *siehe* dort
 - Homophobie *siehe* dort
 - Kriminalisierung 11, 57, 64, 67 f., 92 f., 111, 142, 205 f., 224, 240 f.
- Hyde v. Hyde 190, 198, 223, 234, 237, 246
- Institutsgarantie 15 ff., 24 ff., 46 ff., 52, 58 ff., 78, 112 ff., 116 ff., 121 f., 127 ff.
- Anerkennung 49, 54
 - Bundesverfassungsgericht 19 f., 24 ff., 126 f.
 - Ehe als Institut 10, 13, 15 ff., 24 ff., 27 ff., 46 ff., 52, 58 ff., 78, 112 ff., 116 ff., 121 f., 127 ff.
 - Elternschaft 94
 - Konservierung 61 f.
 - Nichtbetroffenheit durch Aliud-Schaffung 27 ff., 115 f.
 - Rechtsordnungen, andere 136, 155 ff., 159 ff., 165, 167 ff., 195 f., 201, 207, 239, 244
- Inter American Court of Human Rights 134, 219, 240
- Internationale Konventionen 134 *siehe*
auch EMRK
- Internationales Privatrecht (IPR) 5
- Folgerregelungen, unterbliebene 6
 - Ungleichbehandlung durch Rechtswahlmöglichkeiten 6
- Intersexualität 49, 251
- Irland 13, 68, 93, 104 f., 193 ff.
- Auslegung, dynamische 199
 - Auslegung, historische 199 ff.
 - „Constitutional Convention“ 204
 - Marriage Act 2015 13, 104, 197
 - Normenkontrolle 194
 - Referendum 196 ff., 203 ff., 249
 - Verfassung 105, 194 ff.
 - Verfassungsreform 105, 203
- Islam *siehe* Religion: Islam
- Island 13, 68, 93, 104, 142, 160, 183 f., 239
- Isle of Man 186, 239

- Israel 13
- Italien 68, 93, 103, 179 ff.
- gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen 180 f.
 - Verfassung 180
 - verfassungsgerichtliche Kontrolle 180
- Japan 243
- Jersey 186 f., 240
- Judentum *siehe* Religion: Judentum
- Kanada 13, 105, 111, 220 ff.
- British Columbia *siehe dort*
 - frozen concepts *siehe dort*
 - Gesetzgebungskompetenz 222
 - gleichgeschlechtliche Ehe 222
 - living tree doctrine *siehe dort*
 - Ontario *siehe dort*
 - „Persons-case“ *siehe dort*
 - Quebec *siehe dort*
 - Referendum 228
 - Verfassung 220
 - verfassungsgerichtliche Kontrolle 220
- Kinder *siehe auch* Familie
- Kindeswohl 81 f., 91 f., 112, 114, 130
 - eheliche 33, 76, 79, 82
- Kolumbien 218, 244, 246 ff., 250 f.
- Konkrete Normenkontrolle 126
- Kontinuität 62, 108, 129
- Konturenverlust 121 f., 131 *siehe auch* Ehe: Bedeutung
- Kroatien 68, 93, 207, 209, 241, 246
- Kulturelle Einstellungen 243 *siehe auch* Gesellschaft
- Künstliche Befruchtung 39, 123
- Landesverfassungen 57
- Lebensgemeinschaften *siehe auch* Ehe: Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft; Eingetragene Lebenspartnerschaft: Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft
- faktische 31, 38 f., 71, 80, 91, 121, 123 f., 131, 142, 148, 155, 166, 169, 182, 200 f., 208, 213, 218, 223
 - gleichgeschlechtliche 56 f., 142, 148 f., 160 f. 166, 169, 180 ff. 183, 190 ff., 197, 199, 201 f., 205 ff., 208 ff., 211 ff., 215 ff., 218, 223, 225, 227, 233, 235, 238 ff., 248, 250 f.
- registrierte 133, 138, 141 ff., 149, 155 f., 182 f., 186, 208 ff., 240 f.
- Lebenspartnerschaft *siehe* Eingetragene Lebenspartnerschaft; Lebensgemeinschaften
- Lettland 68, 93, 206 ff., 242, 246
- Litauen 68, 93, 207
- living tree doctrine 160, 225, 227, 247
- LPartDisBG *siehe* Eingetragene Lebenspartnerschaft: LPartDisBG
- LPartG *siehe* Eingetragene Lebenspartnerschaft: LPartG
- Luxemburg 13, 68, 93, 104, 137 f., 239
- Malta 104, 151, 239
- Marokko 179
- Meinungsumfragen 12, 64
- Mexiko 13, 134, 160, 219
- Mittelamerika 111 *siehe auch die betreffenden Staaten*
- Monaco 68, 93
- Montesquieu 136, 171
- Muslimen *siehe* Religion: Islam
- Neuseeland 13, 105, 111, 134, 234, 236 f., 240, 245 f.
- Nichtdiskriminierung *siehe* Diskriminierung
- Nichtigerklärung 124
- Niederlande 138 ff.
- Adoptionsmöglichkeiten 68, 93
 - Ehe, gleichgeschlechtliche 13, 104, 111, 141
 - Verfassung 139
 - verfassungsgerichtliche Kontrolle 139 f.
- Nordirland 186 f., 194, 240
- Nordische Rechtsordnungen 182 ff. *siehe auch die betreffenden Staaten*
- Normenkontrolle *siehe auch* Abstrakte Normenkontrolle; Rechtsschutz

- Rechtsordnungen, andere 141, 147, 154, 164, 172f., 184, 197, 230, 244f.
- Norwegen 13, 68, 93, 104, 142, 160, 182ff., 239
- Ontario 160, 198, 223ff.
- Ordre public 162, 178f.
- Österreich 68, 74, 93, 96, 101ff., 105, 119, 135, 137, 191, 210ff., 214ff., 239, 245ff., 250f.
- Osteuropäische EU-Mitgliedstaaten 205ff. *siehe auch* die betreffenden Staaten
- Parlamentarischer Rat *siehe* Verfassungsgeschichte: Parlamentarischer Rat
- Parlamentssouveränität 167, 171, 189, 197, 202f., 218, 221, 244, 249f.
- Personenstandsrecht *siehe* Folgefragen, einfach-gesetzliche
- „Persons-case“ 160, 225, 227
- Polen 68, 93, 206f., 210, 241, 245
- Portugal 13, 104, 162ff., 239, 242ff.
- Entscheidung, verfassungsgerichtliche 167
- gleichgeschlechtliche Ehe 165
- Referendum 167
- Verfassung 163ff.
- verfassungsgerichtliche Kontrolle 164ff.
- Privatautonomie 13
- Quebec 220ff.
- Rechtsausschuss (Bundestag) 2
- Expertenanhörung 3
- Rechtsbehelfe *siehe* Rechtsschutz
- Rechtsordnung, Wahl der 5
- Rechtspolitik 2, 118
- Rechtsschutz 124ff.
- Abstrakte Normenkontrolle 124f., 127
- Einstweilige Anordnung 125f.
- Konkrete Normenkontrolle 126
- Verfassungsbeschwerde 126f.
- Rechtsvergleich 104ff., 113f., 128f.
- Adoptionsmöglichkeiten 68
- Bedeutung für Verfassungenauslegung 54, 105
- Referenden 167, 174, 196ff., 203ff., 207ff., 213, 228, 231f., 238, 241, 249
- Australien 238
- Frankreich 174
- Irland 196ff., 203ff., 249
- Kanada 228
- Kroatien 207
- Portugal 167
- Schweiz 213f.
- Slowenien 208
- Tschechien 209
- USA, Einzelstaaten der 231f.
- Religion 15, 52f., 135, 152, 157, 163, 170, 185, 194ff., 205, 207, 220, 223, 226ff., 234, 241f.
- Buddhismus 138, 170, 188, 220, 242
- Christentum *siehe* Ehe: Begriff, christlicher
- Hinduismus 138, 170, 188, 220, 242
- Islam 138, 145, 152, 170, 188, 220, 242
- Judentum 138, 152, 170, 188, 220, 229, 242
- Religiosität 185, 207, 241
- römisch-katholische Kirche 13, 138, 145, 152, 157, 163, 166, 179, 180, 192, 194, 206f., 218, 242
- Romanische Rechtsordnungen 151ff.
- römisch-katholische Kirche *siehe* Religion: römisch-katholische Kirche
- Rumänien 68, 93, 206f.
- Schottland 13, 104, 186ff., 192f., 239
- Schweden 13, 68, 93, 104, 142, 160, 183ff., 186, 210, 239, 247f., 251
- Schwedische Kirche 184
- Schweiz 105, 212ff., 244, 249, 251
- Sexualität 219, 233, 241 *siehe auch* Homosexualität; Transsexualität
- Slowakei 68, 93
- Slowenien 68, 93, 207f., 209, 241, 245
- Spanien 13, 68, 93, 104f., 152ff.
- Entscheidung, verfassungsgerichtliche 157
- gleichgeschlechtliche Ehe 155
- Institutsgarantie 105
- recurso de inconstitucionalidad 157
- Verfassung 152ff.
- verfassungsrechtliche Kontrolle 153f.

- Staatsrechtslehrertagung 2013 3
- Steuerrecht *siehe auch* Bundesverfassungsgericht: Ehegattensplitting
- Typisierung 89ff.
- Stiefkindadoption 68
- Strafbarkeit der Homosexualität *siehe* Homosexualität: Kriminalisierung
- Strukturmerkmal *siehe* Ehe: Strukturmerkmale/-prinzipien
- Südafrika 13, 105, 111, 134, 160, 234ff., 243, 245f., 251
- Südamerika 16, 106, 111, 240 *siehe auch die betreffenden Staaten*
- Sukzessivadoption 8, 12, 23, 31, 40, 45f., 67f., 82, 91ff., 97f., 109, 116, 118 *siehe auch* Adoption; Stiefkindadoption
- Supremacy of Parliament 189, 197, 221, 244
- Taiwan 105, 111, 134, 234, 238f., 240, 243ff., 246, 248ff.
- Transsexualität 41ff., 149, 181, 183, 190, 238, 251 *siehe auch* Transsexuellengesetz
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht 42f.
 - EMRK 160f.
 - Transsexuellen-Beschluss (III) 22, 25
 - Transsexuellen-Beschluss (V) 21f., 25, 41ff., 49, 51, 109, 121
 - Transsexuellen-Urteil 22
 - Verantwortungsgemeinschaft 43
- Transsexuellengesetz
- Änderung des 12
 - Scheidungserfordernis 12
- Trauperson 178, 184f., 218, 223, 227, 236
- Tschechien 137, 208f., 241, 245
- Türkei 68, 93
- Typisierung 89ff., 112
- Ungarn 68, 93, 207, 241, 245
- Ungleichbehandlung *siehe* Gleichheitssatz
- Unionsrecht *siehe* Europäische Union
- Unvereinbarkeitserklärung 124
- Uruguay 13, 105, 134, 218
- USA 228ff. *siehe auch* Amerikanische Rechtsordnungen
- gleichgeschlechtliche Ehe 13, 105, 111, 230ff.
 - Rassentrennung 13
 - Referenden Einzelstaaten 231f.
 - Verfassung 60, 229
 - verfassungsrechtliche Kontrolle 229
- Verantwortungsgemeinschaft 149, 186, 191, 205, 219, 225f., 248, 251 *siehe auch* Ehe: Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft; Ehe: Verantwortungsgemeinschaft; Eingetragene Lebenspartnerschaft: Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft; Transsexualität: Verantwortungsgemeinschaft
- Vereinigte Staaten von Amerika *siehe* USA
- Vereinigtes Königreich 68, 93 *siehe auch die angehörenden Landesteile sowie* Großbritannien
- Verfassungsänderung 1f., 14f., 26, 61, 105, 127ff.
- Reform 1994 110
 - Verfassungswandel, Abgrenzung von 106, 108
 - Verzicht auf Erfordernis 48f.
- Verfassungsbeschwerde 126f.
- Verfassungsentwurf (Herrenchiemsee) *siehe* Verfassungsgeschichte: Verfassungsentwurf (Herrenchiemsee)
- Verfassungsgerichtsbarkeit
- ausländische 136, 139ff., 146, 152, 163, 170ff., 180, 188, 196, 220, 229, 243
 - deutsche *siehe* Bundesverfassungsgericht; Verfassungsrechtsbehelfe
- Verfassungsgeschichte
- Parlamentarischer Rat 56f., 74f.
 - Verfassungsentwurf (Herrenchiemsee) 56
- Verfassungsinterpretation 50ff., 110 *siehe auch* Verfassungswandel
- Kontinuität *siehe dort*
 - Neuinterpretation 60f., 106f., 113, 122, 129
 - Normativität 61
 - subjektiv-historische 50, 54, 58, 61ff., 94, 111, 113, 129
 - Telos 54f., 58, 67, 69f., 112ff., 129

- Tradition, Bedeutung der 51 f., 63, 114, 121
- Wortlaut *siehe dort*
- Verfassungsrechtlicher Schutz *siehe* Ehe: Schutz; Ehe: Schutz in anderen Rechtsordnungen
- Verfassungsrechtsbehelfe 124 ff.
- Verfassungswandel 106 ff., 160, 175, 203, 225, 227, 247
- Änderungsresistenz 59 f., 108, 115, 131
- Verfassungsänderung, Abgrenzung von 106, 108
- Wortlautgrenze *siehe* Wortlaut
- Verschiedengeschlechtlichkeit *siehe* Ehe: Verschiedengeschlechtlichkeit
- Wales 13, 68, 93, 104, 186 ff., 239
- Wandel, gesellschaftlicher 12, 20, 23, 45 f., 59, 62 ff., 106, 111, 113 *siehe auch* Gesellschaft
- Weimarer Reichsverfassung 16 f., 74, 84, 109
- Wortlaut 108, 111, 113 f., 129, 131, 160, 168 f., 189, 199, 219, 234, 246 f.
- Zypern 240